

Mazedonien

Wim van Meurs

2006 war für Mazedonien ein Jahr ohne größere Fortschritte: Wirtschaftlich bleibt der Westbalkanstaat mit EU-Kandidatenstatus (seit Dezember 2005) hinter seinen Nachbarn zurück. Die politische Pattstellung seit den Wahlen im Sommer 2006 hat der Reputation des Landes bei EU und NATO geschadet und lähmt den notwendigen Reformprozess.

Innenpolitik

Nach den Parlamentswahlen vom 5. Juli 2006 hielt die siegreiche Mitte-Rechts-Partei VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionsorganisation – Demokratische Partei für Nationale Einheit) zwar an der vom Ohrider Abkommen verfestigten Tradition eines mazedonisch-albanischen Regierungsbündnisses fest, koalierte aber nicht mit ihrem bisherigen Partner, der DUI/BDI (Demokratische Union für Integration), sondern mit der PDSH/PDA (Demokratische Partei der Albaner), dem bisherigen Partner der mazedonischen sozialdemokratischen SDSM. Darauf versuchte die DUI sich vergeblich über das Prinzip der ethnischen Repräsentation in die Regierung einzuklagen und verkündete zusammen mit der dritten albanischen Partei PDP (Partei für Demokratische Prosperität) ähnlich wie die PDSH im Vorjahr einen Boykott der Legislative, der bis Mai 2007 andauerte. Als Premier Nikola Gruevski dann die kleinere PDP in die Koalition aufnahm und vor allem der DUI ein quasi-exekutives Mitspracherecht und ein halboffizielles Veto für die Albaner betreffende Gesetzgebung einräumte, drohte die PDSH ihrerseits die Koalition aufzukündigen und testete die SDSM am 7. Juni vergebens den Zusammenhalt der Regierung. Mittelfristig riskant ist das internationale Bestreben, wegen der bevorstehenden Kosovo-Entscheidung die Wogen in der mazedonischen Politik um jeden Preis zu glätten. Das Prinzip eines einklagbaren ethnischen Proporz statt einer politischen Usance binationaler Koalitionen verstößt gegen den Geist des Ohrider Abkommens und macht die Entstehung multiethnischer Parteien nahezu unmöglich.¹ Dagegen deuten die gesellschaftlichen Zeichen eher auf einen fortschreitenden Erfolg des Ohrider Abkommens und eine Normalisierung der interethnischen Verhältnisse hin.

Wirtschaft und Außenhandel

Die makroökonomischen Eckdaten deuten auf stagnierende Reform und Entwicklung hin. Mit einem BIP von unter US-Dollar 3000 pro Kopf gehört Mazedonien nach wie vor zu den ärmsten Ländern Europas. Die offizielle Armutsrate von 2 Prozent steht im Widerspruch zur Arbeitslosigkeitsrate von 36 Prozent (2006). Neben dem leichten Rückgang der Industrieproduktion Anfang 2007 ist besonders die Tatsache, dass die Auslandsdirektinvestitionen nur 1,7 Prozent des BIP ausmachen, ein schlechtes Zeichen. Positiv war dagegen die europäisch orientierte Reform des Bankensektors mit der Öffnung für ausländische Bankinstitute.² Die

1 RFE/RL Newline, 30.05.2007; Sašo Ordanoski/Aleksandar Matovski: A Tale of the Two Balkan Models for Conflict Resolution, in: Johanna Deimel/Wim van Meurs (Hrsg.), *The Balkan Prism. A Retrospective by Policy-Makers and Analysts*, München 2007, S. 155-168.

mazedonische Wirtschaft ist sehr stark vom Außenhandel abhängig. Serbien, Deutschland und Griechenland sind die wichtigsten Handelspartner (2006). Das Handelsbilanzdefizit betrug jedoch 2006 nahezu 50 Prozent.³ Seit Mai 2006 gehört Mazedonien der erneuerten CEFTA an und beteiligt sich im Rahmen der regionalen Kooperation am Energiegemeinschaftsvertrag.

Außen- und Europapolitik

Die dominante politische Frage ist die euro-atlantische Integration sowie die damit eng verknüpften Probleme des Staatsnamens und der bilateralen Beziehungen zum griechischen Nachbarn. Nachdem die UN-Vermittlungen 2005 ausgesetzt wurden, fühlte Skopje sich von den griechischen Drohungen, sich gegen einen EU- oder NATO-Beitritt Mazedoniens zu wehren, unter Druck gesetzt, während Athen sich von der Umbenennung des Skopioter Flughafens nach Alexander dem Großen im Dezember 2006 provoziert fühlte. Die Verhandlungen wurden im Mai 2007 ohne große Erfolgsaussichten wieder aufgenommen. Die Regierung wertete die Tatsache, dass das Europäische Parlament im Juni 2007 auf das Akronym „FYROM“ verzichtete, als Etappensieg und erhofft sich für 2008 sowohl eine NATO-Beitrittseinladung als auch die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen.⁴

Die EU-Fortschrittsberichte monieren Reformdefizite, insbesondere in den Bereichen Polizei, Justiz, Korruptionsbekämpfung und Verwaltungskapazität. Dagegen führten die von Brüssel geforderten Maßnahmen gegen Rauschgiftschmuggel und Korruption bei der Grenzpolizei zu ersten Festnahmen und zeigt auch die Polizeireform Wirkung.⁵ Die Haltung der Bevölkerung zur EU ist laut Umfragen unverändert positiv, wobei die Einschätzung der eigenen Fortschritte aber pessimistischer wird und die Hoffnung auf EU-bedingten wirtschaftlichen Aufschwung abnimmt.⁶

Auch zum serbischen Nachbarn sind die Beziehungen nach wie vor angespannt wegen des mazedonischen Interesses an einem international anerkannten unabhängigen Kosovo, trotz der ungeklärten Grenzfrage. Wohl bemühte sich Skopje, Albaner aus Mazedonien von Teilnahme an Demonstrationen in Kosovo abzuhalten. Auch die Frage der beiden orthodoxen Landeskirchen beschäftigt die Gemüter: die mazedonische autokephale Kirche wird in Serbien nicht anerkannt, während die serbische in Mazedonien registriert ist, deren Erzbischof Jovan Vraniskovski jedoch wegen Veruntreuung angeklagt ist. Dagegen ist die Zusammenarbeit mit Sofia zur Eindämmung lokaler ethnischer Spannungen in der Pirin-Region wesentlich konstruktiver. Es entsteht ein paradoxes Gesamtbild: Die Ausbau der Regional Kooperation sowie der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den direkten Nachbarn scheint von den genannten bilateralen Streitfragen weitgehend unberührt. Andererseits zeigen aber auch Spannungspotenziale in den Außenbeziehungen bzw. die Zuspitzung der Kosovofrage keine direkten Auswirkungen auf die nicht unproblematische Innenpolitik.

2 Macedonian Banking System and Changes in Regulation, CRPM occasional paper 11, Skopje März 2007, www.crpm.org.mk.

3 World Bank, Macedonia Country Brief 2006, <http://www.worldbank.org/>; Statistikamt Mazedoniens, <http://www.stat.gov.mk/>.

4 RFE/RL Newline, 23.05.2007; The Vienna Institute Monthly Report 11/2006.

5 The FYR of Macedonia 2006 Progress Report, KOM(2006) 649 endg.; International Crisis Group, Macedonia: Wobbling toward Europe, Europe Briefing, 12.01.2006; Macedonian Diplomatic Bulletin 4/2007; Balkan Insight, 26.01.2007.

6 Bozinovski, Vladimir: Public Opinion in Macedonia on EU Integration. Comparative Analysis, in: Crossroads 1-2/2007, S. 243-251. Für Umfragendaten, siehe <http://www.sep.gov.mk/>.